

Bezugspreis

in der Hauptpoststelle oder beim Buchhändler abzugeben: vierjährlich A 8.—, bei gleichmäßiger wöchentlicher Auslieferung und Sendung A 8.75. Zum Preis bezogen im Deutschen und Universalvierjahrszeitung A 4.50, für die übrigen Länder sonst Zeitungspreis.

Redaktion und Expedition:

Johanniskirche 8,
Benzstraße 153 und 222.

Abonnementen:

Alfred Hahn, Buchhändler, Universitätsstraße 8,
S. Höglund, Buchhändler, 14, n. Königgr. 7.

Haupt-Filiale Dresden:

Marienstraße 84,
Geschäftsräume Kmt I Nr. 1718.

Haupt-Filiale Berlin:

Carl Küntz, Herzogl. Hofbuchhändler,

Alpenstraße 10.

Geschäftsräume Kmt VI Nr. 4003.

Leipziger Tageblatt

und Anzeiger.

Amtsblatt des Königlichen Land- und des Königlichen Amtsgerichtes Leipzig,
des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig.

Nr. 388.

Sonntag den 2. August 1903.

97. Jahrgang.

Zur Reform des Landtagswahlrechts.

Die goldene Brücke.

"Man muß sich alles, alles wenden!" dachten die Nationalliberalen im Lande Sachsen, als die Regierung die Wahlrechtsreform ankündigte, da kommandierte die Partei-Parteiung richtig: "Ganzer Sachsenland feiert!" "Gemehr ab!" Dieses unglückliche Kommando vom 20. Juli hat aber wenigstens etwas gutes an sich; es ist nicht "vor verlauwtem Mannschafts-erfolg", seine Nachbeholzung ist noch lange keine Disziplin-zwürdigkeit, es ist kein Parteienschluß, nicht einmal ein Vorstandschluß. Das haben die Kommandoführer auch sehr wohl gewußt. Die Ankündigung der Leipziger Zusammenkunft sprach noch von einer:

"Verabredung der Vorstandsmitglieder des National-liberalen Landesvereins mit den nationalliberalen Wissigkeiten der beiden Kammen über die Neugestaltung des Landtagswahlrechts".

Das Communiqué über das Ergebnis der Ver-sprechung ist aber überschrieben: "Verabredung na-tionalliberaler Parteigenossen, Rendition des Landtagswahlrechts vor." Und die Einleitung des Schriftstücks lautet:

"Bei der Versprechung, welche am 20. Juli d. J. unter Mitgliebern des Vorstandes des nationalliberalen Landesvereins und der nationalliberalen Fraktion des Land-tages stattgefunden hat," usf.

Es ist unzweckmäßigstes übertriebes kein Geheimnis, daß die Abfassung des Communiqués in der sorgfältigsten Weise erfolgt ist, wobei sicher erst jedes Wort auf der Goldwage gelegt ist, daß deshalb in es für und ebenso unzweck-mäßig ist, daß die Teilnehmer an der Versprechung selbst ihren Beschlus nicht als unbedingt bindend haben aufgefaßt sehen wollen, daß sie also auch sehr noch jeden Augenblick ihre Ansicht ändern können, und zwar ohne irgend welche Formlichkeit.

Man verstehe uns nicht falsch. Wir proklamieren hier nicht etwa die praktische Bedeutungslosigkeit der Abfassung, sondern nur seine formale, und auch das ge-schieht nur aus dem bestreitenen Grunde des Leipziger "Be-sprechung" heraus, die vor allen Erwähnungen ganz außer-licher und nebenständlicher Fragen und Begleiter-scheinungen zum Wohlgehen, zum Handeln, nicht die Einschlußfähigkeit gefunden hat. Eine goldene Brücke wollen wir bauen.

Richt um Prinzipien, nicht um rechts oder links, sondern um den Gang, vielleicht um die Existenz des Nationalliberalismus in Sachsen wird hier ge-kämpft. Wir haben Grund, dies nicht verbunkeln zu lassen, denn an Versuchen, die Entscheidung über die Be-teiligung an der Wahlrechtskonferenz, als einen nicht übertrieben bedeutungsvollen, rein faktischen Ent-schluß hinzuzustellen, wird es nicht fehlen. Deshalb müssen wir es hier noch einmal aussprechen, daß die Parteileitung beim Beharren auf ihrem Beschlus sich selbst und ihre Mandanten in der ganzen Frage der Wahlrechtsreform zur Einschlußlosigkeit verdammt. Freilich wird in dem Communiqué zur Verhüllung verschwiegen:

"Eine Gefahr, daß die Partei ihre Einwirkung auf die Gestaltung des Wahlrechts verlieren sei nicht vorhanden; sie werde sich bei ihrer nächsten Generalkonferenz auf die Einzelheiten der Wahlrechtsänderung auf Grund der vom Nachsteigen zu wählenden Vorschläge schließen, sie werde, wenn die Regierung ihre Vorschläge fund-gegeben haben werde, letztere der Artikl unterziehen und dann mit den verfassungsmäßigen Mitteln durch Einvernehmen mit der Landtagsfraktion, Vor-stellungen bei der Regierung, Petitionen an den Landtag ihrem Einfluß in die Wege leiten können."

Das kommt uns vor, als wenn jemand eine Tür durch Blaue öffnen will, während er den Schlüssel in der Tasche hat. Außerdem glauben wir nach den Proben gerade der leyanen Zeit gar nicht mehr an die Möglichkeit der Entstehung eines Sturmes; bei der jehigen Führung und Organisation kann nur noch sonst gefäuselt werden. Und der Einfluß der national-liberalen Kammerfraktion? Die Antwort darauf ist ein junger Wissenschaftler, deren Aussprüchen man sich gern schenkt; sie lautet: drei ist immer mehr als zwei, d. h. wenn die Konser-vativen nicht wollen, so bleibt alles beim alten. Gerade aus diesem Grunde hat die Regierung den Konser-vativen-Vorschlag gemacht, um ein eindrucksvolles Plakat im Lande aufzuhängen zu können, auf das sie gelten kann mit den Worten: Seht, so ist die Stimmung im Lande!

Es ist der Unlogen der langen Legislaturperioden und der Parteileitung, daß sie die Grenzen verwischen und die persönlichen Rückfichten großziehen, besonders wenn die Macht- und Rangverhältnisse der Kontrahenten ungleich sind. So etwas geht dann bei dem Schwächeren ganz allmählich, es schleicht sich ein, und kommt zuletzt überhaupt nicht mehr zum Bewußtsein, bis

vor lauter Rückfichten eines Tages die eigene Partei vor einem Abgrund steht.

Die angeführten Gründe für die Nichtbefolzung eines zu widerlegen, ist überflüssig, da die Verantwortung für die Konferenz die Regierung trägt und nicht etwa die Berufenen. Die Verhafungsfrage hier aufzuwerfen, hätte man ruhig irgend einem Doctorandus überlassen können, der sie ganz gewiß auch in enthu-siastisch beantwortet hätte, denn in solchen Dingen gibt es keine Endgültigkeit. Nur eins möchten wir noch hervorheben. In der Begründung der Ablehnung des Regierungsvorschlags heißt es an einer Stelle:

"Wie bedenklich dieses Vorgehen der Regierung sei, seige der Landtag, daß in der Presse bereits eine Ver-sammlung als Stütze der Regierung gegenüber dem Landtag bezeichnet worden sei"

Wenn das auf uns gehen sollte, so befennen wir uns zu dieser Sünde. Ja, wir sehen in der Verfassung eine Stütze der Regierung und halten eine solche oder ähnliche Stütze sogar für unabdingt notwendig. Wir halten sie auch für genau so wichtig, wie jede andere. Was ist denn der Zweck der Volksversammlungen, Petitionen, Flugblätter, wenn nicht der, die Regierung oder die Stände zu führen oder kontrollieren zu beeinflussen? Warum soll das nicht auch eine von der Regierung einberufene Versammlung zu dürfen? Wer hat Bedenken darüber gehabt, daß man sich bei der Vorbereitung der Handels-verträge von Reichswegen der Hilfe sachverständiger Männer bediente, die "frei von jeder Verantwortlichkeit" waren, die sich versammelten, die debattierten und vielleicht sogar - Beschlüsse gefaßt haben?

Den unmöglichsten Beweis der Wahlschafft, daß die Parteiführer sich mit ihrer glücklicherweise noch unverbindlichen Entscheidung auf Robin-son's Island begeben haben, treten wir weiter unten an. Wir haben Ihnen eine Brücke zur Rückfichte geschlagen. Wenn sie nicht betreten wird, wenn nicht gleichzeitig die Unter-lösungskünste langer Jahre gut gemacht werden, so wird der nationalliberale Oberbann entweder den letzten Zusammenhang verlieren, oder sich um Männer scharen, die nicht auf den Vorwurf der Trum-fosigkeit ihrer Wählerschaft (s. "Vaterland" Mr. 30) mit einer Vergebung und einer Selbst-entrichtung antworten. Man ist sich darüber klar: Nicht Prinzipienunterschiede, sondern rein per-sonliche Auffassungen liefern einen entschlossenen Kraft-entfaltung der Nationalliberalen in Sachsen im Wege; die Konsequenzen daraus werden eines Tages gezeigt werden. Möchte die goldene Brücke nicht vergebens geschlagen sein!

mit Geschlossenheit und logar, wie das nationalliberale "Leipziger Tage-blatt" forciert, gegebenenfalls mit Rücklichtschrift nicht gut zu machen." Vergegen steht übrigens nicht von Seiten des nationalliberalen Blätters Sachsen, doch der Landesvorstand bereitete am 29. Dezember 1890 in einer programmatischen Resolution die Neuerung des ländlichen Landtagswahlrechts gefordert hatte und doch kommt von den düsteren Parteien Sachsen die Nationalliberalen die ersten waren, die auf Beleidigung des Freiges von Jahr 1896 drangen!

Die von der Stellungnahme der nationalliberalen Partei-leitung Sachsen "geradezu verblüffte" "National-zeitung" erklärt:

"Wie findet diese Brüderbergeret aus Schlesien eine formaler Natur im Interesse der nationalliberalen Partei Sachsen, die die Gelegenheit gehabt hätte, sich durch entschlossene Künftigung wieder einmal im überalen Sinne zu bestätigen, dies bedauerlich..." Es wäre einer großen Partei doch wohl würdiger, wenn sie die dargebotene Gelegenheit ergreife, sich bei Ausschaffung positiver Beschläge mitzutun. Die jüdischen Nationalliberalen haben damit, so wie schon jetzt für eine Wiederholung an der Schaffung einer gültigen Reform zu warten, niemand eine größere Freude gemacht, als den konser-vativen Reaktionären."

Dem nationalliberalen "Hannoverschen Courier" wird aus Leipzig folgende Beurteilung der durch die nationalliberalen Bürger geschaffenen Regel übertragen:

"Allgemein sieht man damit die ganze Reform des Wahl-rechts in Sachsen für aufs schwerste gefährdet an." Dies Urteil veranlaßt das Blatt zu nachstehender, aus irremlicher Aufsicht über die tatsächlichen parlamentarischen Verhältnisse entprunzter Bemerkung: "Es wäre traurig, wenn die jüdischen Nationalliberalen gegenüber dem vorliegenden Wahlrecht keinen anderen Standpunkt als der des beatus possidentis einzunehmen wüssten." - "Beatus possidentis" ist gut!

Die nationalliberalen "Münchener Neuesten Nachrichten" lassen sich schreiben:

"Außerordentlich läbt haben die Herren in Leipzig die Unabhängigkeit behauptet, und nur Lüdel hat die Regierung ge-meint. Sogar eine Aufforderung deselben zur Würde und zur Gestaltung des Wahlrechts wurde aus rein formalen Gründen abgelehnt. Unbedreitlich! Der Reformkrieg ist bei dieser Behandlung durch die Führer der Nationalliberalen ein schwerer Schlag zugefügt worden, lebt zur Freude der Konser-vativen, denn Bereitwilligkeit zum Reformkrieg bereits geäußert waren, und die jetzt im "Vaterland" Mr. 30 mit einer Vergebung und einer Selbst-entrichtung antworten. Man ist sich darüber klar: Nicht Prinzipienunterschiede, sondern rein per-sonliche Auffassungen liefern einen entschlossenen Kraft-entfaltung der Nationalliberalen in Sachsen im Wege;

die Konsequenzen daraus werden eines Tages gezeigt werden. Möchte die goldene Brücke nicht vergebens geschlagen sein!"

Freistimmen.

Nicht zu unserer Freistellung, sondern zur bitter nötigen Orientierung aller, die es angeht, drücken wir hier folgende Beschlüsse ab: Die "Nationalliberale Correspondenz" schreibt:

"Der Beschluss der Mitglieder des nationalliberalen Landesvorstandes und der Landtagsfraktion Sachsen: es empfehlt sich nicht, daß Mitglieder des nationalliberalen Partei, vor allem solche, welche Mitglieder des Landtags seien, die etwa an die erzielte Einladung der Regierung für den Ende August oder September in Nürnberg genommenen Reise beabsichtigt Veränderung des Landtagswahlrechts folge lassen, daß das ländliche nationalliberale Landesvorstande an die heilige Angst rufe. Wer will in diesem Beschuß den Ernst des Willens zu einer wirklich durchgreifenden Reform des Landtagswahlrechts vermissen. Obwohl die Resolution des Landesvorstandes sich auffällig läßt zu dieser Frage anstreichen, so nicht zu glauben, daß die ländliche nationalliberale Parteileitung für die unbedingte Wohlmeinung dieser Reform versteht; so würde ich durch ihre gegenwärtige Haltung in einen unzweckhaften Widerspruch mit den eigenen Parteigenossen im Lande legen. Die Sprache und die Gedanken aller nationalliberalen Männer Sachsen, als am 16. Juli die ländliche Regierung ihre Würde auf Beendigung des Landtagswahlrechts fundet, läßt darüber keinen Zweifel aufkommen. Gleichzeitig füllt aber die Einladung des Reichstags, an dem momentan auf diesen Gebieten (des Wahlrechts) befinden er-schweres Mitglieder beider Stände zusammen müssen", von vornherein auf Rücksicht. Man glaubt, vorsätzlich zu zusammengestellt zu haben, was nicht mehr als zwei, d. h. wenn die Konser-vativen nicht wollen, so bleibt alles beim alten. Gerade aus diesem Grunde hat die Regierung den Konser-vativen-Vorschlag gemacht, um ein eindrucksvolles Plakat im Lande aufzuhängen zu können, auf das sie gelten kann mit den Worten: Seht, so ist die Stimmung im Lande!

Und nun kommt das Witterste und Höchste, nur kommt das, was wir die Partei-Leitung gern erwartet hätten und nur mit Widerstreben überwinden; die Chemnitzer "Allgemeine Zeitung" schreibt:

"Eine solche einmütige Beurteilung ihrer seitlichen Partei ist derartig überwältig, daß sie nicht mehr als zwei, d. h. wenn die Konser-vativen nicht wollen, so bleibt alles beim alten. Gerade aus diesem Grunde hat die Regierung den Konser-vativen-Vorschlag gemacht, um ein eindrucksvolles Plakat im Lande aufzuhängen zu können, auf das sie gelten kann mit den Worten: Seht, so ist die Stimmung im Lande!

Es ist der Unlogen der langen Legislaturperioden und der Parteileitung, daß sie die Grenzen verwischen und die persönlichen Rückfichten großziehen, besonders wenn die Macht- und Rangverhältnisse der Kontrahenten ungleich sind. So etwas geht dann bei dem Schwächeren ganz allmählich, es schleicht sich ein, und kommt zuletzt überhaupt nicht mehr zum Bewußtsein, bis

Anzeigen-Preis

die Geprägten Seiten 25.-

Reklame unter den Redaktionstitel (geprägt) 75.-, vor den Herausgebern (geprägt) 60.-

Zulieferer und Lieferant entwederlich höher - Gebühren für Nachdrucke und Effectivannahme 25.- (vgl. Seite).

Extra-Heftagen (geprägt), nur mit der Bogen-Ausgabe, ohne Postbelehrung A 60., mit Postbelehrung A 70.-

Annahmeklaus für Anzeigen:

Ueber-Ausgabe: Sonnabend 10 Uhr.

Wochen-Ausgabe: Montagabend 4 Uhr.

Zeitung sind freit an die Expedition zu richten.

Die Expedition ist wochentags ununterbrochen geöffnet von früh 8 bis abends 7 Uhr.

Druck und Verlag von E. Volz in Leipzig.

Aus der Woche.

Die geniale Fähigkeit, in der einzelnen Ercheinung Sets und allgemeine Gesetz zu entbeden, hat den Worten des armen Bienvaids, zellen der fünften Wiederkehr sich zu erneut gezeigt, mit Wehmuth und Danbarkeit sich zu erneut gezeigt war, auch für die Fragen der beständigen Gewerke bleibenden Wert gesucht. Es ist manchmal, als habe mit Schergabe lustige Entwicklung vorgeahnt. Und doch ist es immer wie der kleine Bild für die Ercheinung des Tages, der ihn auf den Grund schaue läßt. So finden wir auch für den neuen Vorgang in unserem Parteileben, für die Fortschreibung der Nationalsozialisten mit der Freiheitsvereinigung eine geradezu lässige Erklärung in einer Reichstagrede vom 12. Juni 1882. "Die Krieger" so lautet es: "ist etwas, was ich ja als eine große Bequemlichkeit des politischen Verkehrs für jeden neu entstehenden Abgeordneten einsetzt. Wer sich nicht berufen fühlt, der großen Gemüthe des Reichstages persönlich gegenüberzutreten, der findet eine angenehme Vermittlung in dem Eintritte in eine Fraktion." Und wir finden ferner in den "Gedanken und Erinnerungen" des großen Mannes die Beobachtung, daß die verdeckten Wege mancher Fraktionen auf den politischen Kampfplatz nicht durch Verschiedenheit der politischen Macht, Gewalt und Ressentimenten, sondern zu einer Gewissenhaftigkeit und Rotzlosigkeit würden. Der Kriegerknoten ist oft "nicht ein Programm, sondern eine Person". Ursprung und Ende der Nationalsozialistischen Partei sind mit dem Gewebe auf die Beobachtung zum großen Teile erklärt. Bedeutende Persönlichkeiten wie Raumann und Söhne fühlen sich zu individuell, um im Rahmen einer der alten Parteien, obwohl wir deren wahrhaft schon genug hatten, Raum und Befriedigung zu finden. Heute haben sie weniger für ihre Parteien, als für ihre Partei-Mitglieder, zumal für den einen zum Abgeordneten gewählten erlaubt, daß ihre Bedeutung denn doch nicht erreicht, um der großen Gesamtheit persönlich gegenüberzutreten." Sie suchen keinerlei Schutz unter dem Dache derjenigen Partei, die sie nur bezeugen, daß ihre Partei sehr überflüssig gewesen ist, das sie von Anfang an leicht getan hätten, ja mit der Rolle des Sauveterges in anderen Gruppen zu beginnen. Überraschend konnte das freilich niemanden. Denn wie hübsche Gegenseite gab es selbst noch in den kleinen kleinen Schau, deren Zweckmöglichkeit bestimmt wurde durch die Unabhängigkeit, national und sozialdemokratisch - denn diese Bezeichnung hatte für manche von ihnen nur in oft das "sozial" - zu gleicher Zeit zu geben. So haben sie eigentlich nirgend darüber hinzu gebracht, ähnlich an irgend einer Woge zu sein, road dem zu der Dame doch kein erfreuliches Werk zu nennen ist. Umgekehrt der schwere Umhänge bat endlich den Abschlag gegeben zum Entschluß auf eigene Parteidbildung zu verzögern.

Der ganze Vorgang sollte nicht gar zu schnell vergessen werden. Er sollte auch lässig als Warnung dienen vor Überschlag der Unabhängigkeit, mit anderen sich zu vertragen, ein Stück des Persönlichkeit-Bewußtseins drauzugeben zum Vorteile des Allgemeinen. Derartige Selbst-beleidigung zu über, liegt den Anhängern der nationalen und monarchischen Parteien um so näher, als ihre schlimmste Begriff, Sozialdemokratie und Zentrum, es meistest verstecken, sich vor dem Fehler des Separatismus zu hüten. Die Haltung des bayrischen Sozialdemokratischen von Böllmark ist hierfür geradezu vorbildlich. Der Mann steht gar nicht daran, die sozialdemokratische Partei zu verlassen. Und wie nie ist der Bogenkreis zwischen ihm und Sebel. Die leiste Würdner Rede v. Böllmark ist für das großartige Intrumentarium der alten Häuptlinge und ihrer lernenden Gefolgschaft vom "Borndörfer" in dem Grade vernichtet, daß in diesem Blatte selbst jetzt die Frage der Bierproduktion nicht mehr abgetragen werden kann mit einem paar demagogischen Redebartem. Die Häuptlinge, innere Kreise so weit zu überwinden, daß die Parteidabilität erbalbt, läßt die "Gewerken" denn auch dem im Herbst stattfindenden Dresdener Parteitag ebenso zuverlässig entgehen, wie der Kaiser Parade die schwarzen Herren. Sehr viel Neues werden diese beiden Beratungen jedoch kaum bieten, obwohl sie der letzten Tagung der sozialdemokratischen Wahl-erfolg und der Tod des Baphei Ereignisse gebracht haben, durch welche die beiden größten Parteien des Reichstages nahe berührt werden.

Das liebe Zentrum wird es schon verstehen, sich auch dem neuen Punkt anzupassen, sich wieder seines Segens zu machen. Diese Ziele und Wege des Separatismus, die Harmonie von Priesteramt und politischem Ultramontanismus lassen sich leicht nicht verlegen oder stören. Zwei Kundgebungen deutlicher Bishöfe aus den letzten Tagen sind dafür geradezu typisch. Einige vierwöchentliche Stunden hatte man gern den Kaiser, Bischöfler von May, der Mann des Kaisers, habe es einmal fertig gebracht, nationale Erwagungen vor den klerikalen Anträgen den Vorort zu geben. Man hörte, er habe die Bitte aus Frankreich ausgeweiteter Wände, sich für ihre Auflösung zu verwenden. Der Vorort ist schall bestätigt worden. Im Gegenteil, Bischöfler hat sich eifrig bemüht, diesen Ordensbeamten bei den weltlichen Verdiktionsungen zu verhindern. Einzelne von ihnen hat er in seine Diözesangehörigkeit aufgenommen, was einer liberalen Partei nicht, das anfängliche Parteiliebe nicht gestattet. Es hat also alles gelan, was vom katholischen und lutherischen Geschäftspartei aus für die aus Frankreich ausgeweiteten Geistlichen geschehen konnte.

Was große Freude und Wonne ist das! Der Gedanke ist nicht abzuweisen, daß er vor französischen Kavallerie leicht untergehen fahrt. Die Wände sind unmittelbar an der Grenze ansteilen zu leben. Das Deutsche Reich aber hat nicht den geringsten Einfluß, der überalligen Sahe zu über alle der Nachbar-Kapitale zu,

Kann eine K